

weit, dass sie auf Krisen nurmehr mit neuer Aggression, aber nicht mehr strategisch reagieren können, von Prophylaxe oder internationaler Zusammenarbeit, von Verlässlichkeit gar nicht zu reden; so weit, dass aus dem Zusammentreffen von fünf Krisen im Sommer 2020 eine amerikanische Katastrophe geworden ist.

Die Corona-Krise schockierte und überforderte das Land, und Ende August hatte das neuartige Virus, allein in den USA, über 180 000 Menschen getötet. Daraus folgte eine Krise des Arbeitsmarkts, mit geschätzten 40 Millionen Menschen, die zeitweise oder dauerhaft ihren Job verloren. Das uralte amerikanische Krisenthema, Rassismus, kam hinzu, als in Minneapolis George Floyd von vier Polizisten getötet wurde. Die vierte Krise ist das Scheitern der Politik, die Blockade, die Handlungsunfähigkeit. Die fünfte besteht im Verfall der Glaubwürdigkeit von Wissenschaft und Medien, von Daten und Fakten – oder in der Konjunktur, die Verschwörungstheorien erleben.

Es gibt in den USA dieser Jahre kein Thema mehr, das einfach nur als sachliche Frage diskutiert und dann, ohne Triumphgeheul und Verletzungen, geklärt würde. Alles hier ist zur Identitätsfrage geworden und damit zur Frage von Sieg oder Niederlage: wir oder die. Es ist kaum mehr vorstellbar, dass eine Amerikanerin zunächst John McCain und beim nächsten Mal Barack Obama wählt oder dass sie zwar für Klimapolitik, zugleich aber gegen Abtreibung, für den Schutz von Migranten und Flüchtlingen, aber doch auch für minimale Steuern ist – das heutige Amerika verlangt nach kategorischer Entscheidung und ultimativer Positionierung und damit nach Ausgrenzung und Verdammung.

Bist du Republikanerin?

Dann existiert der Klimawandel für dich nicht, Migration ist gefährlich für dein Land, Steuern sind sozialistisch, Abtreibung muss verboten werden, dann weiß Wissenschaft auch nicht mehr als Religion und CNN lügt. Das Stammesdenken hat Amerika erobert.

Es ist uns an dieser Stelle wichtig, zunächst zu behaupten (und im Folgenden zu belegen), dass wir neutral, also ohne parteipolitische Präferenz, auf die USA blicken wollen. Wir, die Autoren dieses Buches, wollen nicht Teil dessen sein, worüber wir schreiben, sondern wir wollen

Prolog

ergründen und berichten, dann analysieren. Unser Ziel ist es, mit kritischer Zuneigung zu begreifen, wie die USA derart vom Weg abkommen konnten, wie sie ihre eigenen Ideale verraten und die unangefochtene Position der Weltmacht Nummer eins, die sie jahrzehntelang innehatten, derart rasant und selbstverschuldet verlieren konnten. Von 15 katastrophalen amerikanischen Monaten wollen wir erzählen – und von den Fehlern all der Jahre, die in diese Katastrophe mündeten.

Es ist für das Verständnis dieser gewaltigen, oft bizarren Nation bedeutend, dass wir nicht einfach zwei Hälften betrachten, die beide gleichermaßen verbohrt und im Hass aufeinander gefangen seien. So nämlich sind die USA nicht. Eine solche Perspektive ginge von falschen Voraussetzungen aus, und mit ihr begänne die Verzerrung der Wirklichkeit.

Die konservative Hälfte des Landes, die republikanische, besteht aus einem weißen Amerika, welches schrumpft. Dieses Schrumpfen führt zu Ängsten, zur Selbstverteidigung, auch zur Rechtfertigung von Dingen, die gestern noch als moralisch verwerflich gegolten hätten. Davon wird in diesem Buch zu reden sein. Eine Lüge lässt sich durch das Gefühl, bedroht zu werden, leicht rationalisieren und verklären: Sie erscheint politisch notwendig und ist darum moralisch geboten, gelogen wird ja für ein höheres Gut, fürs Vaterland. Na ja, und warum dann nicht noch eine winzige zweite Lüge und ... Gruppen, die lange an der Macht waren und spüren, dass sie ihre Macht bald verlieren werden, haben in der Geschichte der Menschheit schon mehrfach moralisch Zweifelhafte getan.

Die andere Hälfte hingegen, jene der Demokraten, wächst. Sie ist bunt, vielfältig, das liegt in der Natur der Sache, da die Demokraten die Partei der Afroamerikaner sind, aber auch jene der Einwanderer aus Lateinamerika und Asien, sowieso die Partei der Studenten und Studentinnen, der Klimabewegung und der Großstädte. Das bedeutet: Die Demokraten müssen sehr viel mehr integrieren und tolerieren, um erfolgreich zu sein, dürfen nicht so sehr ausgrenzen, das unterscheidet sie von den Republikanern. Schon wahr, dass auch die Demokraten mit den Jahren schärfer geworden sind, progressiver ohnehin: Der

Prolog

Kandidat Bill Clinton war 1992 in Einwanderungsfragen sehr viel strikter als die Kandidatin Hillary Clinton 2016. Auch dies, die Kursänderung der Demokraten, treibt Amerikas zwei große Parteien auseinander. Was wiederum die Spaltung und die Polarisierung der Gesellschaft verstärkt.

Was aber eben nicht stimmt, ist ein Satz, der oft zu hören ist: «Das machen doch alle.» Oder: «Die einen lügen so, wie die anderen lügen.» Beides ist falsch. Es handelt sich um politisches Framing, also die Erschaffung eines Denkrasters. Was stimmt, ist das Ergebnis: dass Amerika polarisiert ist, und diese Polarisierung hat viele Facetten.

Waffenliebhaber gegen Waffengegner. Klimawandelleugner gegen Klimabewegung. Impfgegner gegen Impfbefürworter. «Pro Life» gegen «Pro Choice», also Abtreibungsgegner gegen Befürworter des Rechts auf Abtreibung. Und Stadt gegen Land, das ist die mutmaßlich wichtigste amerikanische Polarisierung: In den bevölkerungsreichsten Bundesstaaten an den Küsten leben viele junge Amerikaner, Studenten und Studentinnen sowieso, mehrheitlich Demokraten. Der Bundesstaat New York hat 19 Millionen Einwanderer, Kalifornien fast 40 Millionen. Im Innern ist das Land herzerreißend weit, wüst, wundergleich – und leer. Der Bundesstaat Wyoming hat 575 000 Einwohner, North Dakota 762 000. Nicht jedes Klischee stimmt, und immer gibt es Ausnahmen, doch in diesem amerikanischen Landesinnern wird republikanisch gewählt, mehrheitlich.

Das verursacht eine dreifache Ungerechtigkeit:

50 Bundesstaaten schicken jeweils zwei Senatoren nach Washington, D.C.; es gibt keine Abstufung nach Größe der Staaten. Eine Stimme aus Wyoming hat also, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, 69 Mal so viel Gewicht wie eine Stimme aus Kalifornien. 30 Senatoren aus bevölkerungsreichen Staaten wie New York oder Kalifornien stehen für 70 Prozent der Bevölkerung, und umgekehrt: 70 Senatoren, die weites, einsames Land vertreten, stehen für nur 30 Prozent der Bevölkerung. Dieser windschief aufgestellte Senat ernennt nun Richter auf Lebenszeit, hat Budgethoheit, er ist so mächtig wie wichtig. Ist das noch Demokratie?

Prolog

Bei der Präsidentenwahl gibt es das sogenannte Electoral College: Jeder Bundesstaat stellt einen gewissen Anteil von insgesamt 538 Wählleuten, die den Präsidenten küren. Auch hier werden die dünn besiedelten Staaten im Landesinnern bevorteilt, und es gilt, meistens, die «winner takes all»-Regel: Wenn also eine Kandidatin die relative Mehrheit der Stimmen eines Staates ergattert, bekommt sie dort 100 Prozent der Wählleute. Bei zwei der letzten fünf Wahlen wurde auf diese Weise ein republikanischer Kandidat Präsident, obwohl er nach absoluter Stimmenzahl verloren hatte. Dies soll die weltbeste Demokratie sein?

Das sogenannte Gerrymandering verstärkt die Absurditäten noch. Der Begriff meint das Zurechtschneiden von Wahlbezirken nach taktischem Nutzen: In Wisconsin gibt es 99 Wahlbezirke, die der republikanisch dominierte Senat des Staates derart filigran filetiert hat, dass demokratische Wahlsiege sich in einigen wenigen Bezirken ballen; und obwohl die Demokraten zuletzt 60 bis 65 Prozent der Stimmen erobert haben, halten die Republikaner immer noch die Mehrheit in ebenjenem Senat, der die Wahlbezirke einteilt. Und wenn, wie im Mai 2020, der demokratische Gouverneur das Schließen der Geschäfte und Schulen wegen Covid-19 anordnet, dann entscheidet der Supreme Court von Wisconsin, von jenem mehrheitlich republikanischen Senat eingesetzt, diese Verordnung sei verfassungswidrig.

Sagen wir es also, wie es ist: Dieses Wahlsystem ist nicht nur ein kleines bisschen unfair, es ist destruktiv und undemokratisch.

Es lässt sich auch nicht schönreden, es lässt sich bestenfalls mühevoll legitimieren: durch jene Verfassung von 1787, die den Zweck hatte, die noch fragile und schillernd vielseitige Republik zusammenzuhalten, und deshalb den Bundesstaaten im Innern und im Süden des Landes Geschenke machte – und zugleich die Besiedlung der Westküste und damit spätere Ungerechtigkeiten nicht voraussehen konnte. Dass das alles nicht längst angepasst und reformiert wurde, hat einen simplen Grund: Wer die Macht hat und erhalten kann, gibt sie nicht freiwillig her.

Je mehr sich nun die Demokraten übervorteilt fühlen, je mehr sich die Republikaner mit dem Rücken zur Wand sehen, desto aggressiver werden beide Seiten, desto weniger zählen die Argumente der Gegen-

seite noch; und wenn jede Sachfrage zur Identitätsfrage, zur Frage der Stammeszugehörigkeit wird, dann werden auch die Worte schärfer. Dann wird denunziert. Und gelogen.

Jill Lepore schreibt in *These Truths*, ihrem Werk über die Geschichte der USA: «In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts stellten Liberale wie Konservative die anhaltenden, aus den 1960er Jahren überkommenen Streitpunkte nicht mehr als Fragen von Recht und Ordnung, sondern als Fragen von Leben und Tod dar. Entweder stand Abtreibung für Mord und Waffen standen für Freiheit, oder Waffen standen für Mord und Abtreibung für Freiheit. Wie sich das darstellte, hing letztlich von der Parteizugehörigkeit ab.»

Noch ein weiterer institutioneller Destabilisierungsfaktor kommt hinzu: Während in Parlamentarischen Regierungssystemen jene Partei, die die Mehrheit im Parlament hat oder als stärkster Partner eine Mehrheitskoalition im Parlament bilden kann, eben deshalb die Regierungschefin oder den Regierungschef stellt (und dann für einige Jahre regiert und in der nächsten Wahl bestätigt oder abgewählt wird), sind im Präsidentschaftlichen Regierungssystem der USA Präsidentschafts- und Kongresswahlen voneinander unabhängig. Wirklich regieren kann ein Präsident aber nur dann, wenn seine Partei in beiden Kammern des Kongresses, Repräsentantenhaus wie Senat, die Mehrheit hat. Sobald diese Mehrheit, und das passiert in den USA oft schon nach zwei Jahren, bei den «Midterm»-Wahlen, verloren geht, entsteht ein Patt. In früheren Jahren war das nicht automatisch dramatisch, weil die Parteien noch näher beieinander waren: Es gab liberale Republikaner und konservative Demokraten, wechselnde Mehrheiten, Tauschhandel, Kompromisse. Im heutigen, polarisierten Amerika bedeutet das institutionalisierte Patt sofort Blockade, Stillstand in Washington. Und dass heute 70 Prozent der Amerikaner den Kongress schlicht verachten, liegt eben genau daran.

«Wir schaffen alles», das war einst ein durch und durch amerikanischer Satz, denn das war Amerikas Selbstbewusstsein, ganz gewiss noch in den Jahren nach 1989, also nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, als Francis Fukuyama das «Ende der Geschichte» ausrief und die USA zum Sieger erklärte. Dann aber kamen der 11. September 2001 und die